

# Einstiegshürden sind zu hoch

## Weiterbildung zur Situation geflüchteter Frauen auf dem Arbeitsmarkt

**Kreis Kassel** – Zu lange Wartezeiten für Integrationskurse, fehlende Qualifizierungsangebote, Ausbeutung und mangelnde Kinderbetreuung – Das waren einige der Probleme, die bei einem Thementag über die Situation geflüchteter Frauen auf dem Arbeitsmarkt, angesprochen wurden. Unter dem Motto „Jede Frau ist anders!“ trafen sich 50 Vertreter von Beratungsstellen aus Nordhessen im Hermann-Schafft-Haus, um sich auszutauschen. Begrüßt wurden sie von Walter Lochmann vom ver.di Bildungswerk, heißt es in einer Pressemitteilung.

Lochmann bemängelte dabei, dass die Wartezeiten für

einen Integrationskurs für Geflüchtete inzwischen auf über acht Monate angewachsen ist. Darüber hinaus fehle es häufig an einer Aufschlüsselung nach Geschlechtern.

Anschließend sprach Professorin Dr. Schahrzad Farrokzhad, stellvertretende Leiterin des Instituts für interkulturelle Bildung und Entwicklung an der Technischen Hochschule Köln, über die von ihr als Wissenschaftlerin beobachteten Tendenzen. So steige der Anteil der weiblichen Geflüchteten und liegt zurzeit bei 42,7 Prozent.

Viele der Frauen wollten arbeiten und strebten eine unabhängige Lebensführung an. Erschwert werde ihr Ein-

stieg häufig durch die Flucht verursachte psychische Belastungen. Zudem, so Farrokzhad, seien die Einstiegshürden für Frauen wegen mangelnder Kinderbetreuung und fehlenden Qualifizierungsangeboten relativ hoch. „Wenn Frauen an Maßnahmen teilnehmen, erzielen sie oft bessere Ergebnisse als die Männer“, erklärte die Wissenschaftlerin. Kulturelle Barrieren und Besonderheiten gebe es vor allem für Frauen, die in traditionalistischen Milieus leben.

„Hier werden gute Erfahrungen gemacht, wenn es einen Mix aus arbeitsmarktpolitischen und freizeitorientierten Angeboten zur Ver-

netzung gibt“, so Farrokzhad. Ein Problem für die gut Qualifizierten sei, dass es mit höheren Abschlüssen häufig schwerer ist, Praktikumsplätze zu erhalten.

Zum Abschluss appellierten die Teilnehmer an Arbeitgeber und Gewerkschaften gegen Auswüchse vorzugehen. So werden Geflüchtete – vor allem wenn die Aufenthaltsgenehmigung oder Duldung an ein Ausbildungsverhältnis geknüpft ist – in Einzelfällen ausgebeutet. Die Trennung in Geflüchtete mit guter und mit schlechter Bleibeperspektive erschwere zudem die Integration dringend benötigter Arbeitskräfte, heißt es in der Mitteilung. red